

Christoph Ehmann

Das Glück bauen – Die Welt verändern

Sozialer Wohnungsbau in der Weimarer Republik als kulturelles Welterbe

Nach dem Ersten Weltkrieg 1918 wurden in Deutschland Kreativität, Modernität und Fortschrittsglaube in vielen gesellschaftlichen Bereichen tonangebend. Eine nicht zu unterschätzende Bedeutung kam dabei den auf technischen Neuerungen aufbauenden gesellschaftlichen Hoffnungen zu, warum sollte nicht auch das Wohnungselend, die Armut und die darin häufig ihre Ursache habende Kriminalität beseitigt werden können. Für Architekten und Stadtplaner hieß das: Das Glück ist baubar und die Welt veränderbar! Bei der Umsetzung gaben Bruno Taut (1880–1938) und Martin Wagner (1885–1957) in Deutschland den Ton an. Ihre Siedlungen zählen heute zum Weltkulturerbe.

Nach 1918 gab es in Deutschland keine Kriegsrüinen. Deshalb ging es anders als nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs nicht um „Wiederaufbau“, sondern darum, endlich den Staub und Kitsch des Wilhelminismus in Politik, Wirtschaft und Kultur loszuwerden und eine wirklich neue Gesellschaft zu gestalten. Während nach 1945, wie Axel Schildt in seinem voluminösen und dennoch unvollendeten opus magnum „Medien-Intellektuelle in der Bundesrepublik“ (Schildt 2020) belegt, die zumeist konservativen Kulturträger der Vorkriegszeit noch mindestens ein Jahrzehnt die Feuilletons bestimmten – die liberalen und linken Denker waren, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auf unterschiedliche Weise (Tod, Exil) zum Schweigen gebracht worden –, gelang es den linken Intellektuellen in der Weimarer Republik, zumindest zu Beginn gehört und gelesen zu werden.

Während der Kaiserzeit hatte die herrschende Schicht in Politik und Wirtschaft, in Wissenschaft und Kultur reformerische oder gar revolutionäre Strömungen von den Machtzentren fernhalten können. Doch konnte sie nicht verhindern, dass Kreativität, Modernität und Fortschrittsglaube in vielen gesellschaftlichen Bereichen tonangebend geworden waren. Eine nicht zu unterschätzende Bedeutung kam dabei den auf technischen Neuerungen aufbauenden gesellschaftlichen Hoffnungen zu. Wenn man über Kontinente hinweg telefonieren, Flugzeuge bauen, Türme, die bis an die Wolken reichten, aus Eisen fertigen, auch Seuchen eliminieren, die Schulpflicht für alle realisieren und den Analphabetismus beseitigen konnte, warum sollte nicht auch das Wohnungselend, die Armut und die darin häufig ihre Ursache habende Kriminalität beseitigt werden können. Für Architekten und Stadtplaner hieß das: Das Glück ist baubar! Der Mensch wird, wie er wohnt! Kurz: Endlich geht es nun los, die Welt zu verändern.

Zwei Architekten und Stadtplaner gaben in Deutschland den Ton an. Über den einen, Bruno Taut (Abb. 1), Kandidat für die erste Münchener Räteregierung (7.–13. April 1919) mit Ernst Niekisch, Ernst Toller, Erich Mühsam und Gustav Landauer, gibt es viel, über den anderen, Martin Wagner (Abb. 2), wenig Gedrucktes. Was bedeutend und noch heute bewundernswert ist, haben sie in gemeinsamer politischer und praktischer Zusammenarbeit geschaf-

fen. Sie zeigten der Welt, was unter den vorgefundenen Bedingungen als sozialer Wohnungsbau möglich gemacht werden konnte. Es wurde Teil des kulturellen Welterbes (vgl. dazu die Webseite www.welterbe-siedlungen-berlin.de).

Sie nannten aber auch die Bedingungen, unter denen noch Wirkungsvolleres machbar wäre. Eben deshalb mussten sie als Sozialisten und „Kulturbolschewiken“ Deutschland nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten verlassen. Jahrzehnte wurden sie dem beabsichtigten Vergessen anheim gegeben. Erst nachdem die Studentenbewegung und die Ostpolitik der Brandt/Scheel-Regierung den plumpen Antikommunismus entwertet hatten, wurden ihnen zu ihren 100. Geburtstagen 1980 bzw. 1985 zwei große Ausstellungen gewidmet. Und 2019 nahm in seinem „politischen Testament“ der ehemalige SPD-Vorsitzende und Münchener Ober- und Berliner Regierender Bürgermeister Hans-Jochen Vogel ihre Grundmaxime wieder auf: Ohne Kommunalisierung von Grund und Boden wird es keinen sozialen, d.h. bezahlbaren Wohnungsbau geben. Wenig später, 2021 stimmten 56 % der Berliner für die Enteignung von Immobilienkonzernen, die mehr als 3.000 Wohnungen besitzen¹. Der letzte erfolgreiche Volksentscheid in Deutschland zum Thema Enteignung und Vergesellschaftung lag da 75 Jahre zurück: Er hatte 1946 in Hessen stattgefunden und betraf letztlich nur die Enteignung der Buderus-Werke in Wetzlar.²

1 Vgl. Landeswahlleiterin für Berlin (2021): Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co enteignen“, 26. September 2021, Berlin. Amtliches Endergebnis (<https://www.wahlen-berlin.de/abstimmungen/VE2021/AFSPRAES/ergebnisse.html>; 16.1.2022)

2 Der Volksentscheid vom 1. Dezember 1946 zu Artikel 41 der Hessischen Verfassung ergab 72 % Ja-Stimmen. (Hessische Landeszentrale für politische Bildung: Deine Demokratie. Online: <https://www.deinedemokratie.de/die-hessische-verfassung/>; 12.1.2022)

Kommunaler Grund und Boden, gemeinnützige Baubetriebe und sanitäres Grün

Bruno Taut (1880–1938) und Martin Wagner (1885–1957) wurden in Königsberg geboren. Nach dem Schulabschluss studierten sie Architektur, Taut an der Baugewerkschule, nach heutigen Begriffen eine Fachhochschule, in Königsberg. Wagner ging an die „Königlich Technische Hochschule zu Berlin“ im damals noch selbstständigen Charlottenburg, die als einzige Technische Hochschule – auf besonderen Wunsch von Wilhelm II vom 19. Oktober 1899 – Universitätsrang, also das Promotionsrecht hatte. Das Studium dort fand er nicht sehr befriedigend, weshalb er nach Dresden ging, um seine Kenntnisse in der Stadtplanung und der Volkswirtschaft zu erweitern. (Abschluss Dipl.-Ing. 1910). Nach Zwischenstationen in Berlin-Weißensee und Hamburg wurde er 1911 Stadtbaurat in Rüstringen, heute ein Teil Wilhelmshavens. Die Aufrüstung im Flottenbau hatte den dortigen Werftarbeitern zu einem vergleichsweise guten Einkommen verholfen, das ihnen akzeptable Wohnverhältnisse sogar in einem eigenen Haus erlaubte, wenn der Bau auf kommunalem Grund und Boden und die Bauweise rationalisiert erfolgte. Wagner konnte für den Bau einer ersten Siedlung nach diesem Konzept über städtischen Grund verfügen und mit einer städtischen Firma standardisierte Wohnungen errichten. Damit hatte er die Grundelemente seiner Vision einer von privatkapitalistischer Profitmaximierung befreiten Wohnungswirtschaft beisammen: Kommunaler Grund und Boden und gemeinnützige Baubetriebe. Er sollte die Pläne in den kommenden Jahren, gemeinsam mit den Gewerkschaften, weiterentwickeln.



Abb. 1: Bruno Taut
Foto: unbekannt

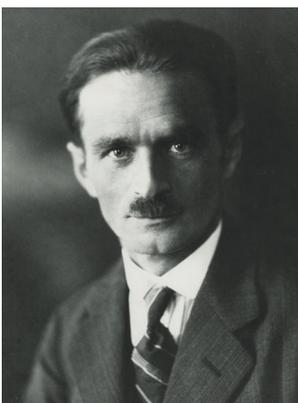


Abb. 2: Martin Wagner
Quelle: Akademie der Künste, Berlin, Martin-Wagner-Sammlung, Nr. 21 F. 2 ohne Fotograf

Doch zunächst nahm er, auch weil er in Rüstringen als Sozialist angefeindet worden war, 1914 ein Angebot an, als „Atelierleiter“ zum „Verband Groß-Berlin“ zu gehen, dem Vorläufer der Stadt Groß-Berlin, der aus 8 Städten, 27 Gutsbezirken und 59 Landgemeinden bestand. In dieser einem Stadtbaurat mit erweiterten Befugnissen ähnelnden Position gelang 1915 unter seiner Mithilfe der Erwerb von 10.000 Hektar Wald vom preußischen Staat. Der Kaufvertrag enthielt eine zukunftsweisende Klausel: bei Veräußerungen von Teilen der Waldflächen war stets ein gleich großer Wald an anderer Stelle bereitzustellen. Der Großteil der 18 Prozent Waldfläche des heutigen Berlins geht auf diesen „Dauerwaldvertrag“ zurück.

Passend dazu hatte Wagner 1915 auch seine Dissertation an der TH Berlin abgeschlossen. Ihr Thema: „Das sanitäre Grün der Städte. Ein Beitrag zur Freiflächentheorie“. Darin unterschied er zwei Sorten von „Grün“. Das „dekorative Grün“, nur fürs Auge und zumeist durch Schilder wie „Rasen betreten verboten“ kenntlich gemacht, und das „sanitäre Grün“, das der Gesundheit der Anwohnerinnen und Anwohner zugutekommen und die menschenwürdige Alternative zum Mietkasernenbau mit seinen finsternen Hinterhöfen bilden sollte. Mit Bezug auf ausländische Vorbilder schlug er als Relation zwischen Wohn- und Grünfläche vor: Auf 1qm Wohnfläche sollten 20 qm benutzbares Grün kommen, als Vorgarten, Sport- und Spielplatz oder wohnungsnaher Parkfläche, nicht bebautem Grund, weshalb Hochhäuser deutlich mehr Freifläche benötigen und Mietkasernen mit mehreren sonnenfreien Hinterhöfen nicht mehr so lohnend sein würden.

Die Antwort auf den Mietkasernenbau

1918 wechselte Martin Wagner als Stadtbaurat zu der bis 1920 selbständigen Gemeinde Schöneberg. Hier entwickelte er 1919/20, basierend auf seinen Erfahrungen in Rüstringen, deretwegen ihn die Schöneberger Stadtväter – Stadtmütter gab es noch nicht – nach einem Besuch dort berufen hatten, seinen ersten Siedlungsbau in Berlin, die Siedlung Lindenhof. Für den zentralen Bau dieser Siedlung, ein Ledigenheim, verpflichtete er Bruno Taut. Er hatte in ihm einen Verwandten im Geiste gefunden.

Taut hatte nach seinem Examen zunächst in Hamburg, Wiesbaden und Berlin gearbeitet, bevor er für vier Jahre nach Stuttgart zu Theodor Fischer ging. Als dieser Hochschullehrer in München wurde, kehrte Taut nach Berlin zurück und gründete 1909 mit Franz Hoffmann die Architektursozietät Taut und Hoffmann, der 1910 sein Bruder Max beitrug. Er reiste viel sowohl in Deutschland als auch nach England, der Gartenstadtbewegung wegen, und in die Niederlande. Die niederländische Wohnungsgesetzgebung (1901) förderte die Bildung von Kooperationen, die den späteren Wohnungsbaugenossenschaften in Deutschland ähnelten. Doch mehr noch beeinflusste ihn die „Amsterdamer Schule“. Alice Roegholt, Initiatorin und Direktorin des Museums „Het Ship“ beschreibt die Absicht der in der „Amsterdamer Schule“ engagierten Künstler und Architekten: „Sie wollten Paläste für Arbeiter bauen.“ Allerdings bezahlbare Paläste. Der tonangebende Architekt dieser „Paläste“ hieß Michel de Klerk (1884-

1923). Mindestens gleichbedeutend mit dem Nutzen war de Klerk, dass die Bauten schön waren. (vgl. Roegholt 2021, S. 4 ff.)

Diese Reisen prägten seine radikale Antwort auf den Mietkasernenbau: 1913/14 entwarf er die Magdeburger Siedlung „Reform“ und die Berliner Gartenstadt Falkenberg. Insbesondere bei letzterer setzte Taut seine von den Niederländern beeinflusste Farbenfreude um, was dem Ensemble, das heute zum Welterbe gezählt wird, den Namen „Tuschkastensiedlung“ eintrug.

Kurz vor Kriegsbeginn schuf Taut für die Ausstellung des Werkbundes im Juni/Juli 1914 in Köln ein sehr umstrittenes, für sein weiteres Schaffen jedoch programmatisches Gebäude: Den Glaspavillon. Taut gab die Interpretation dieses Bauwerks im Ausstellungskatalog gleich mit: „Das Glashaus hat keinen anderen Zweck als schön zu sein.“ (Nerdinger et al., S. 64)

Sein Freund, der damals sehr bekannte Schriftsteller Paul Scheerbarth hatte vorgegeben: „Das Glas bringt uns die neue Zeit. Backsteinkultur tut uns nur leid.“ (ebd., S. 59) Für Taut war das Glas nicht nur Baumaterial. Die Idee vom möglicherweise friedensstiftenden Bauen mit Glas radikalisierte sich bei ihm infolge der zunehmenden Zerstörungen nicht nur von Material, sondern auch oder sogar vor allem von menschlicher Gesittung und individueller Würde. Statt Menschen mit der Zerstörung und Zerbombung zu beschäftigen, entwickelte er für die Zeit nach dem Krieg die Utopie der „Alpinen Architektur“, den Umbau der Alpen ohne Eisen, nur mit Kristallhäusern und Glashütten.

„Ja, unpraktisch und ohne Nutzen. Aber sind wir von dem Nützlichen glücklich geworden? Immer Nutzen und Nutzen – Messer, Gabel, Eisenbahnen, Closets und doch auch Kanonen, Bomben. Mordgeräte. Bloß Nützliches zu entwickeln ohne höhere Idee ist Langeweile. Langeweile bringt Zank, Streit und Krieg. Lüge, Raub, Mord, Elend, millionenfach fließendes Blut.“ (Schirren 2004, S. 72)

Die Utopie eines Neubaus der Welt

Für die Millionen zurückkehrender Soldaten und die nicht mehr in der Kriegsproduktion beschäftigten Männer und Frauen entwarf Bruno Taut die Utopie eines völligen Neubaus der Welt aus dem Geist der Empathie (vgl. Schirren 2004, S. 6).

„Predigt: die soziale Idee. Spannt die Massen in eine große Aufgabe, die sie erfüllt, vom Geringsten bis zum Ersten. Die Langeweile verschwindet und mit ihr der Zank, die Politik und das verruchte Gespenst Krieg. Völker Europas! Bildet euch die heiligsten Güter. – Baut!“ (ebd., S. 72)

Während Taut nicht bauen konnte, schrieb er vier kleine Utopien³, in denen jene Verbesserung der Welt ihren Urgrund in der Architektur als der umfassendsten aller Perspektiven hatte. Mit seinem Theaterstück „Der

Weltbaumeister“ beschrieb er daher den Menschen, der die Gesellschaft neu baute – mit Hilfe des Bauens. Wenn die Menschen menschenwürdig wohnen könnten, würde sich ihr Zusammenleben auch sozial und friedlich gestalten. Das Bauen, das Wohnen stand am Beginn jeder Erneuerung des Gemeinwohls.

Für Taut war deshalb die Revolution in Russland ein zukunftsweisendes Ereignis. Bereits 1918, im ersten Jahr nach der Beseitigung des Zar-Regimes, der Inkarnation eines menschenunwürdigen Regimes, besuchte er Moskau. Die Vergesellschaftung von Grund und Boden galt ihm als der Ausgangspunkt jeglicher sozialer Bauwirtschaft. Die sozialdemokratischen Parteien – USPD und MSPD – hatten nach der November-Revolution diese Forderung in ihre Programme aufgenommen. Im Görlitzer Programm von 1921 der nunmehr schon wieder SPD – die Mitglieder der USPD hatten sich 1921 weitgehend auf die KPD bzw. die SPD verteilt – hieß es: „Grund und Boden [...] sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Volksgemeinschaft zu überführen.“ (Programm 1921, Absatz Wirtschaftspolitik)

Der nach der Ausrufung der Republik gebildete Rat der Volksbeauftragten hatte eine aus Arbeitgebern, Gewerkschaftlern und Wissenschaftlern bestehende „Sozialisierungskommission“ zur Vorbereitung der Verfassung gebildet. Vor ihr hielt im April 1919 Martin Wagner ein Grundsatzreferat über die „Sozialisierung der Bauwirtschaft“. Doch bereits im Monat darauf wurde die Kommission aufgelöst: Es war absehbar, dass die Vergesellschaftung insbesondere der Kohle- und Stahlindustrie nur gegen Entschädigung gelingen könnte, eine finanzielle Leistung, die der durch Kriegs- und Kriegsfolgekosten, vor allem Reparationen beanspruchte Staat nicht in der Lage sein würde zu erbringen. Kurz danach verfügten die diese Forderungen in der verfassungsgebenden Nationalversammlung vertretenen Parteien auch nicht mehr über die Mehrheit im neugewählten Reichstag.

Gemeinwirtschaft als übergreifendes Konzept

Martin Wagner ließ sich dadurch nicht entmutigen. Er trat 1920 der SPD bei. Vor allem aber gewann er Verbündete in der Bauarbeitergewerkschaft, dem Baugewerkbund. Mitglieder der Gewerkschaft hatten sich am Ende des Krieges angesichts des Wohnungsmangels vereinzelt in Anlehnung an die mittelalterlichen Dombauhütten zu selbstorganisierten „Bauhütten“ zusammengeschlossen, um sowohl als Selbsthilfeorganisationen als auch im Dienst der Kommunen ohne Profitstreben dem Mangel abzuwehren. Doch es fehlte das Geld sowohl um Baugrundstücke und die Baumittel zu erwerben als auch um Löhne zu bezahlen und Großprojekte wie Siedlungen mit mehreren hundert Wohnungen in Angriff zu nehmen.

Wagner konnte den Baugewerkbund überzeugen, zunächst den Zusammenschluss der örtlichen Bauhütten zu fördern. 1920 wurde der „Verband sozialer Baubetriebe“ in Hamburg gegründet. Als sein Geschäftsführer sah Wagner in ihm die Keimzelle eines neuen Wirtschaftens. Hoffnungsvoll beschrieb er den Zweck dieses Verbandes in der frisch gegründeten Zeitschrift „Soziale Bauwirtschaft“:

3 Die Stadtkrone, Jena 1919; Alpine Architektur, Hagen 1919; Der Weltbaumeister: Architektur-Schauspiel für symphonische Musik, Hagen 1920; Die Auflösung der Städte oder: Die Erde eine gute Wohnung, Hagen 1920

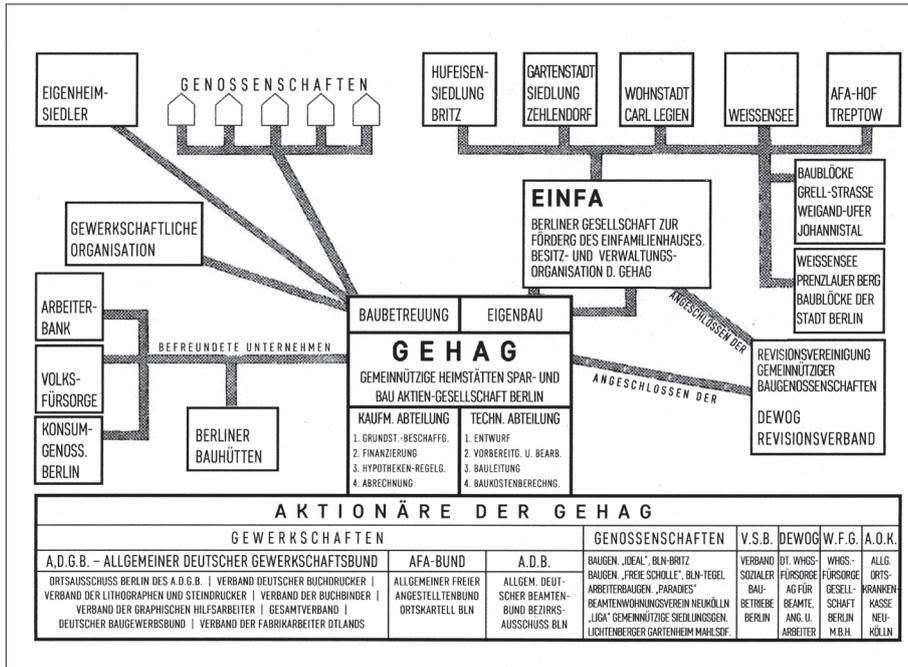


Abb. 3: Organigramm GEHAG (Gemeinnützige Heimstätten-, Spar- und Bau-Aktiengesellschaft) Quelle: Dietz Verlag, Bonn

„Mit verdienstvollem Weitblick haben sich die Bauarbeiter an die Spitze einer Bewegung gestellt, die das deutsche Bauwesen aus der privatkapitalistischen Wirtschaftsform in die Gemeinwirtschaft überführen will.“

Der Verband bezog seine erste Geschäftsstelle in Berlin in zwei Hinterzimmern des Architekturbüros Taut und Hoffmann, Linkstr. 20.

Der Zusammenschluss von sozialen Baubetrieben, die sowohl menschenwürdig hinsichtlich der Bezahlung der Bauarbeiter als auch bezahlbar hinsichtlich der Baupreise produzierten, bedurfte, um das große Ziel, den Übergang in die Gemeinwirtschaft, zu erreichen, der Einbeziehung des gesamten Produktionsvorgangs: Vom bebauten Boden über die Planung und die Beschaffung der Baumaterialien bis hin zur Wohnungsverwaltung. Wagner hatte bereits in Rüstringen versucht, Bauteile vorfabrizieren zu lassen, also Fertigbau zu erproben. Hergestellt wurden die Bauelemente während der Zeit, zu der Bauarbeiter üblicherweise des Wetters wegen in Zwangsurlaub geschickt wurden. Doch auch die Produktion der Bausteine, das Bauholz, die Architekturleistungen, die Mietpreise waren dem Profitstreben anheim gegeben. Wagner und die Gewerkschaften hofften, durch einvernehmliche Rationalisierung die Personalkosten ebenfalls senken zu können. So hatte Wagner bei einer von der Baugewerkschaft finanzierten Studienreise in die USA kräftesparende Baumaschinen studieren können, mit deren Hilfe ein Bau, an dem in Deutschland 67 Bauarbeiter einzusetzen waren, von 8 Personen erledigt wurden (vgl. Scarpa 1984, S. 24).

Das gemeinnützige Wirtschaften würde zu niedrigeren Gesamtkosten führen, an denen die privaten Bauunternehmen nicht interessiert waren, weil sie sich mit neuen, besseren und preiswerteren Wohnungen keine Konkurrenz zu ihren Billigquartieren in den Mietkasernen machen wollten.

Es war das sozialdemokratische Denken, dem das friedliche, die bürgerlichen Schichten überzeugende Hinüberwachen in den Sozialismus möglich schien. Schon die Vorkriegs-SPD hatte sich von der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts einen solchen Übergang erhofft. Wagner hatte deshalb schon 1916 die Bereitstellung niedrig verzinsten staatlicher Baukredite gefordert, finanziert aus einer Abgabe, die Hausbesitzer, deren Häuser am 1. September 1918 standen, leisten sollten; eine frühe Art des Lastenausgleichs, die als „Hauszinssteuer“ schließlich 1924 realisiert wurde. Letztlich wurde das Aufkommen anteilig, schließlich sogar gänzlich für andere staatliche Ausgaben verwendet.

Selbsthilfeeinrichtungen der Gewerkschaften

Mit dieser anfänglich bereitstehenden öffentlichen Finanzierung schien eine Weiterentwicklung der Wagnerschen Selbsthilfeeinrichtungen möglich. Er konnte die großen Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten, den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB), den Allgemeinen Freien Angestelltenbund (AFA) und den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund (ADB) überzeugen, eine Aktiengesellschaft mit 500.000 RM Gründungskapital zu gründen, die Deutsche Wohnungsfürsorge-Aktiengesellschaft (DEWOG), die vorrangig für Gewerkschaftsmitglieder, aus deren Beiträgen das Gründungskapital stammte, menschenwürdige und bezahlbare Wohnungen in großem Stil bauen sollte. Die DEWOG gründete sehr rasch regionale Baugesellschaften, in Berlin die Gemeinnützige Heimstätten-, Spar- und Bau-Aktiengesellschaft (GEHAG, Abb. 3) (vgl. Peters 2016). Wagner war der erste Geschäftsführer der DEWOG und lenkte als Aufsichtsrat die GEHAG. Wagners erste Personalentscheidung: Er warb Bruno Taut ab. Taut war 1921 als Stadtbaurat in Magdeburg für 12 Jahre gewählt worden. Schon vor dem Krieg hatte die Sozietät Taut und Hoffmann dort die Siedlung

„Reform“ konzipiert. Nun machte er mit Unterstützung der Magdeburger Bevölkerung die Stadt „bunt“, so bunt, dass es manchem schon wieder „zu bunt“ wurde. Die Inflation 1923/24 beeinträchtigte jedoch seine weiteren Pläne massiv. Das war wohl mit ein Grund, dass er dem Werben Martin Wagners nachgab und ab 1. April 1924 als „Beratender Architekt“ der frisch gegründeten GEHAG zur Verfügung stand. Von 1925 bis 1929 entstand als gemeinsames Projekt die „Hufeisensiedlung“ in Berlin-Britz mit über 2.000 Wohnungen bei bestmöglicher Wohnqualität und in rationeller Bauweise mit möglichst geringem materiellen Aufwand (vgl. Abb. 4).

Mit dem Aufkommen aus der Hauszinssteuer standen ab 1924 rd. 1 Mrd. Reichsmark für Bauleistungen, in Berlin jedoch nie mehr als 360 Mill. RM, zur Verfügung. Das waren weniger als Berliner Hausbesitzer zahlten (vgl. Scarpa 1984, S. 24). Dieses Geld wurde im Verhältnis zwei Drittel zu einem Drittel an gemeinnützige Baufirmen und an Privatunternehmer vergeben (Lehnert 1991, S. 251). Bedingung für die Vergabe war eine qualitative Vorgabe: Die Wohnungen mussten über Bad und Küche verfügen, eine durchaus hervorzuhebende Bedingung. Zum einen weil die Menschen durchaus noch nicht an einem wöchentlichen, geschweige denn täglichen Bad interessiert waren. Zum anderen weil die sozial schwächeren Wohnungssuchenden darin einen zu teuren Luxus sahen (ebd., S. 226 f.). Sie fanden Zustimmung auf der anderen Seite des politischen Spektrums. Die bürgerliche Rechte lehnte jegliche kommunale Mitfinanzierung der Projekte mit dem Hinweis ab, dass es sich beim eigenen Bad um eine „unnötig luxuriöse Ausstattung“ handele (ebd., S. 244). Erst der Wiederaufbau nach 1945 führte zu einem steilen Anstieg der Badezimmer in deutschen Wohnungen (West) (Ward 2020, S. 183). Damit unterschied sich das Taut / Wagnersche Bauprogramm deutlich von der im „roten Wien“ praktizierten Bauweise. Die kleinsten Wiener Wohnungen waren zum einen um 25 % kleiner als ihr Berliner Pendant (35 qm zu 49 qm). Kostenmäßig bedeutsamer aber war: von den mehr als 60.000 zwischen 1920 und 1933 gebauten Wohneinheiten hatte so gut wie keine ein separates Bad. „Badezimmer im Inneren der beengten Wohnungen [...] waren gänzlich unbekannt.“ (ebd., S. 182).

In den Jahren 1924 bis 1926 wurde in Berlin deutlich mehr Wohnfläche gebaut als in Wien. Dennoch hatte und hat bis heute der kommunale Wohnbau in Wien einen geradezu legendären Ruf, während Berlins öffentlich geförderte Siedlungen eher einen „architekturgeschichtlichen Erinnerungswert“ beanspruchen können (Lehnert 1991, S. 225). Das lag wohl auch daran, dass selbst unter den schwierigen reichsgesetzlichen Bestimmungen Berlin und andere deutsche Städte zwar Großes und Sehenswertes geleistet haben. Doch die Berliner SPD erkannte auch an: „Die Propaganda für das von ihnen Geschaffene verstehen (unsere Wiener Genossen) ungleich besser als wir.“ (ebd., S. 226)

Die Kommunalwahlen 1925 führten in Berlin zu einem deutlichen Stimmengewinn für die SPD, so dass vor allem die Gewerkschaften darauf drängten, Martin Wagner



Abb. 4: Berlin-Britz, Hufeisensiedlung, 2017

Foto: A.Savin, WikiCommons

zum Stadtbaurat zu wählen. Sofort betrieb er seine schon vor einem Jahrzehnt begonnenen Bemühungen um eine Zentralisierung der Bauverantwortlichkeit in einer Hand. Damit stieß er vor allem bei Berlins Oberbürgermeister Gustav Böb auf heftige Gegenwehr, die soweit ging, dass Böb 1928 schließlich Wagners Entfernung aus dem Kreis der Stadträte – vergeblich – von der SPD forderte. Es gab viele Punkte, an denen sich der wirtschaftsnahe Böb (DDP) mit dem Sozialisten Wagner anlegte, sei es dass ihm die „praktischen und wirtschaftlichen“ Flachdächer (Jaeggi 1984, S. 115) missfielen, sei es, dass Taut und Wagner den Bau einer Siedlung („Klein Moskau“) im eher politisch rechts orientierten Vorort Zehlendorf gegen alle Verzögerungen der örtlichen Behörde realisierten.

Vorzeitig aus dem Amt schied schließlich nicht Wagner, sondern Böb 1930 auf Grund einer Korruptionsaffäre (vgl. Hohenau 1929, S. 566 f.).

Stadtplanung in Moskau und der Weg ins Exil

Doch auch für Wagner und Taut begannen ungute Zeiten. Der Beginn der Weltwirtschaftskrise im Oktober 1929 führte zu einem drastischen Rückgang der für Siedlungsprojekte zur Verfügung stehenden Baumittel und engte damit auch ihren Handlungsradius ein. Perspektiven eröffneten sich hingegen in Russland. Mit dem ersten Fünf-Jahres-Plan 1928 hatte Stalin eine Wirtschaftsoffensive gestartet, die vor allem den Bau großer Industrieanlagen mit den dazugehörigen Städten vorsah. Da Grund und Boden bereits verstaatlicht waren, konnten die aus Deutschland eingeladenen Architekten, allen voran der ehemalige Frankfurter Stadtbaurat Ernst May, großzügig planen. Taut, der in den 20er Jahren immer wieder von der Moskauer Stadtverwaltung um Beratung angegangen worden war, folgte 1932 der Einladung, an der Stadtentwicklung Moskaus mitzuwirken. Nach seiner Übersiedlung stellte er jedoch fest, dass sich dort jene durchgesetzt hatten, die durch Bauen den „neuen Menschen“ schaffen wollten: Keine Individualisierung mehr, sondern nur noch ein Wohnen in Kommunehäusern mit gemeinsamen

Küchen, Waschräumen, Bädern, Freizeitbereichen. Tauts Vorstellungen, das Miteinander in Parks und Spielflächen anzuregen, aber nicht zu erzwingen, liess sich damit nicht vereinbaren. Er beschloss deshalb, nach Berlin zurückzukehren und seine Lehrtätigkeit an der TH Berlin, an der er seit 1930 Honorarprofessor war, fortzuführen. Als er im Februar 1933 in Berlin eintraf, erfuhr er, dass er als „Kulturbolschewik“ bereits auf der „schwarzen Liste“ der neuen NS-Regierung stand. Es bedurfte nur noch einer Gelegenheit, ihn festzusetzen. Diese kam mit dem Reichstagsbrand am 27./28. Februar. Durch General von Hammerstein-Equord, dem Vater einer Schulfreundin seiner Tochter Elisabeth, gewarnt, floh er am folgenden Tag aus Berlin, versteckte sich 10 Tage in Süddeutschland, bevor er in die Schweiz entkam.

Einer Einladung japanischer Architekten folgend, erreichte er im Mai 1933 Japan. Dort blieb er drei Jahre. Er veröffentlichte mehrere Werke über die japanische Wohnungsarchitektur, die ihm große Anerkennung, aber keine Bauaufträge brachten. Zudem nahm der Nationalismus und der aggressive Militarismus deutlich zu. Als Martin Wagner 1936 die Möglichkeit andeutete, dass er in der Türkei eine befriedigende Tätigkeit finden könnte, griff er sofort zu. In den folgenden Jahren bis zu seinem Tod im Dezember 1938 gelangte er in der Türkei zu großem Ansehen. Auf dem Prominenten-Friedhof in Istanbul, Edirne, bereitete man ihm ein Ehrengrab. In Deutschland findet sich keine Nachricht von seinem Tod.

Martin Wagner hatte die Machtübertragung an Hitler in Berlin erlebt. Als am 31. Januar 1933 die Hakenkreuzfahne auf dem Roten Rathaus gehisst wurde, sorgte er dafür, dass sie wieder eingeholt wurde. Als die Akademie der Künste am 14. Februar Heinrich Mann und Käthe Kollwitz ausschloss, weil sie einen Aufruf unterschrieben hatten, bei den Wahlen am 5. März die demokratischen Parteien und nicht die NSDAP zu wählen, wandte er sich als einziges der anwesenden Mitglieder dagegen (Wittstock 2021, S. 116 und 255), was Göbbels dazu veranlasste, im NS-Organ dazu aufzurufen, „die Wanze zu zerquetschen“. Den ersten Schritt machte auf Anweisung Görings der Berliner Oberbürgermeister Sahn (erst DNVP, dann NSDAP) und beurlaubte ihn ohne Bezüge und belegte ihn mit einem Publikationsverbot. Im Juni protestierte er gegen die Absicht, den Werkbund (Geschäftsführer: Theodor Heuss) judenfrei zu machen und trat, als dies dennoch geschah, aus (Scarpa 1986, S. 149). Durch den Verkauf seines Hauses und kleine Publikationen unter dem Mädchennamen seiner Frau (Sandow) überlebte er die nächsten Monate (Sandow 1934). Hans Poelzig, der zwar ebenfalls (im April 1933) als Direktor der Vereinigten Staatsschulen für Freie und Angewandte Kunst entlassen worden war, sich aber noch an Wettbewerben in der Türkei beteiligen durfte, überbrachte ihm Ende 1934 die Nachricht, dass man ihn gern dort sähe. So ging er Anfang 1935 nach Ankara. Frau und Sohn folgten wenige Monate später. Die Aufgabe – Stadtplanung – war zwar hoch dotiert, aber mit wenig Personal und Gestaltungsmöglichkeiten verbunden. So konnte er Bruno Taut noch vermitteln, folgte selbst aber 1937 einem Ruf an die Harvard University. 1944 wur-

de er amerikanischer Staatsbürger, 1945 in die Academy of Arts berufen. 1950 beendete er mit 65 Jahren seine Lehrtätigkeit.

Stadtplanung und Architekten nach 1945

Deutschland war nach 1945 das Land des „Wiederaufbaus“. Doch was sollte wieder aufgebaut werden? „Auferstanden aus Ruinen“, der Text der DDR-Hymne, bezog sich vordergründig auf die zerstörten Bauten. Doch nach dem Willen der Besatzungsmächte sollte es auch oder gar vornehmlich um den (Wieder-)Aufbau einer demokratischen, die Würde des Menschen achtende Gesellschaft gehen. Die Nürnberger Prozesse gegen die Hauptkriegsverbrecher und ihre Nachfolgeprozesse gegen Ärzte, Wirtschaftsführer u.a. sollten dem ebenso dienen wie die Entnazifizierungsverfahren.

An den Hochschulen waren letztere nicht besonders erfolgreich. Nach einer „Schrecksekunde“ fanden sich bald genügend Menschen, die Persilscheine für Kollegen ausstellten. Zudem ging es darum, die Kollegen – Kolleginnen gab es kaum – aus den nun nicht mehr deutschen Gebieten des Ostens (Königsberg, Breslau) und des Westens (Straßburg) sowie des „kolonisierten“ Österreichs (Graz, Innsbruck) aufzunehmen. Bald kamen jene aus der Sowjetischen Besatzungszone dazu. An den Universitäten und Technischen Hochschulen der drei westlichen Besatzungsgebiete und Berlin waren rd. 60 Prozent der Hochschullehrer während der NS-Zeit berufen worden. Die anderen waren zumeist auch nicht durch besondere Widerständigkeit aufgefallen. Dies galt vor allem für die Architekten. Ihre Standesvereinigung hatte sich sehr früh mit dem neuen Regime nach 1933 arrangiert und eröffnete „mit einem dreifachen ‚Sieg Heil‘ auf den ersten Baumeister des neuen Reiches, Reichskanzler Adolf Hitler, den 30. Bundestag des Bundes Deutscher Architekten BDA im Herbst 1933“ (Rundschreiben der Hauptverwaltung des BDA Nr. 40133 vom 27.9.1933, zitiert in Düwel o.J., S. 4). Dank dieser „selbstlosen Hingabe“ gelang es der Berufsgruppe, einige lang umkämpfte Forderungen durchzusetzen, wie den Schutz der Berufsbezeichnung „Architekt“. Und Bauen war mindestens so unpolitisch wie Mathematik.

Das führte nach Kriegsende dazu, dass man keine Veranlassung sah, in größerem Maße zu entnazifizieren und die Exilierten zur Rückkehr einzuladen. Beispielhaft: nachdem Hans Scharouns Vorstellung als Stadtbaurat zu einer Neuplanung der total zerstörten Berliner Stadtmitte im Westteil der Stadt am Widerstand jener gescheitert war, die die Besitzverhältnisse an Grund und Boden nicht verändern wollten – im Ostteil der Stadt fanden seine Vorstellungen durchaus Zustimmung – und er eine Professur an der TH angenommen hatte, schlug er der Fakultät die Verleihung der Ehrendoktorwürde an den in den USA erneut zu Ansehen gekommenen Martin Wagner vor. Die Fakultätsmitglieder lehnten ab.

Endgültig verscherzte es sich Wagner mit den Berufskollegen – und der Politik – durch seine Kritik an der „Interbau 57“, dem Neubau des Hansviertels vornehmlich mit Hochhäusern. In Ostberlin hatte die Regierung mit dem Bau der Stalinallee 1950 ein sozialistisches Vorzeigeprojekt gestartet. Dem sollte in Westberlin eine Alternative entge-

gengesetzt und für die demokratische Lebensweise geworben werden. In mehreren Artikeln, die er in einer Broschüre „Potemkin in Westberlin“ (Berlin 1957) zusammenfasste, kritisierte er, dass den eingeladenen Architekten vor allem Gelegenheit zur narzisstischen Selbstdarstellung gegeben worden sei, der Bevölkerung hingegen vorgegaukelt wurde, dass die gebauten Hochhäuser der soziale Wohnungsbau der Zukunft sei. Er konnte seine Kritik nicht bei der Eröffnung vortragen. Er starb am 28. Mai 1957.

Doch zu jener Zeit war ein toter Sozialist noch kein guter Sozialist. So ersparte sich der damalige Bundespräsident Heuss bei der Eröffnung der Interbau am 6. Juli 1957 auch nicht den „Nachruf“: „Wir wollen uns in dieser Stunde nicht verstimmen lassen durch das ungerecht höhnende Wort eines Mannes, den leider eigene Verstimtheit immer an der Entfaltung der in ihm angelegten starken Begabungen gehemmt hat.“ (zit. in: Kiaulehn 1985, S. 73)

Bis in diese Tage hinein hat sich das im wahrsten Sinne des Wortes Grundproblem des sozialen Wohnungsbaus nicht geändert: 1919 hatten die sozialdemokratischen Parteien USPD und MSPD die Forderung nach der Kommunalisierung von Grund und Boden für Zwecke der Allgemeinheit in ihre Parteiprogramme aufgenommen. Die Baumaßnahmen selbst hatten im Laufe der vergangenen hundert Jahre rationalisiert werden können. Doch was beim Bauen selbst eingespart wurde, musste zumeist beim Erwerb des Baugrunds dazugezahlt werden. Das Ergebnis: Die Kosten des Bodenerwerbs an den Gesamtkosten einer Wohnung betragen im ersten Bauabschnitt der berühmten Hufeisensiedlung rd. 4%. Hans-Jochen Vogel, ehemaliger Münchener und Berliner Ober- bzw. Regierender Bürgermeister und Bundesbauminister beziffert den Kostenanteil des Baugrunds in München für Schulen schon 1971 bei bis zu 50%. Noch krasser ist der „leistungslose Bodengewinn“, den er in West-Deutschland seit 1945 mit 100 Milliarden DM angibt. Die Schlussfolgerung ist deshalb auch für ihn 2019 mit der Forderung von Taut und Wagner aus dem Jahr 1919 identisch: „Zu meinem Kernziel gehört, dass das Eigentum an Grund und Boden in dem erforderlichen Umfang auf die Gemeinden übergeht“ (Vogel 2019, S. 51).

Literatur

Das Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Görlitz 1921, Berlin 1921

Düwel, Jörn (o.J.): Der BDA ist „neu auferstanden“ 1933: Der Beginn einer lichten Zukunft?, in: Bund Deutscher Architekten (BDA) (o.J.): Aufbruch in den Untergang, 1933-1945, o.O., S. 4–9

Hohenau, Hans (1929): Sklareks, in: Die Weltbühne vom 8. Oktober 1929, S. 566 f.

Kiaulehn, Walther (1985): Der Tod des Kritikers. Über der „Interbau 1957“ liegt der Schatten des verstorbenen Berliner Stadtbaurates Martin Wagner“, in: Wagner, Bernhard: Martin Wagner (1885–1957). Leben und Werk. Eine biographische Erzählung, Hamburg, S. 73

Jaeggi, Annemarie (1984): Hufeisensiedlung Britz. Planungs- und Baugeschichte. in Huse, Norbert, et al. (Hrsg.), Siedlungen der zwanziger Jahre – heute. Vier Berliner Großsiedlungen 1924-1984. Berlin, S. 111–136

Lehnert, Detlev (1991): Kommunale Politik, Parteiensystem und Interessenkonflikte in Berlin und Wien 1919-1932, Berlin

Nerdinger, Winfried, et al. (Hrsg.) (2001): Bruno Taut. Architekt zwischen Tradition und Avantgarde, Stuttgart / München

Peters, Karl-Heinz (2016): Von der Gemeinnützigkeit zum Profit. Privatisierungsoffer Gehag – Herausforderungen für alternative Wohnungspolitik, Hamburg

Roegholt, Alice (2021): Bruno Taut und die Amsterdamer Schule. Zwischen Kollektiv und Einzelmensch, in: Zehendorfer Heimatbrief. Regionalgeschichtliche Beiträge und Mitteilungen, 64. Jahrgang, Nr. 1, April 2021, S. 4–6

Sandow, Dr. Ing. M. (das ist Martin Wagner): Die Sanierung der Berliner City, in: Deutsche Bauzeitung, März 1934, S. 142–146

Scarpa, Ludovica (1984): Das Großsiedlungsmodell: Von der Rationalisierung zum Städtebau, in: Huse, Norbert, et al. (Hrsg.): Siedlungen der zwanziger Jahre – heute. Vier Berliner Großsiedlungen 1924 -1984. Berlin, S. 21–26

Scarpa, Ludovica (1986): Martin Wagner und Berlin. Architektur und Städtebau in der Weimarer Republik, Braunschweig / Wiesbaden

Schildt, Axel (2020): Medien-Intellektuelle in der Bundesrepublik, Göttingen

Schirren, Matthias (2004): Bruno Taut. Alpine Architektur. Eine Utopie, München/Berlin/London/New York

Vogel, Hans-Jochen (2019): Mehr Gerechtigkeit. Wir brauchen eine neue Bodenordnung – nur dann wird Wohnen auch bezahlbar, Freiburg / Basel / Wien

Ward, Peter (2020): Der saubere Körper. Eine moderne Kulturgeschichte, Berlin

Wittstock, Uwe (2021): Februar 1933. Der Winter der Literatur, München